



Bürgerbegehren gegen die städtische Beihilfe zum Bauvorhaben Sumpfweg

Am Samstag, dem 24. Februar haben die Mitglieder der 'Bürgerinitiative Rheinaue Königswinter', Ursula Brungs und Jörg Pauly, ein Bürgerbegehren beim Bürgermeister der Stadt Königswinter angemeldet. Das Begehren richtet sich gegen jede Mitwirkung der Stadt an dem Mammutbauvorhaben in der Rheinaue, die die unabsehbaren amtlichen Pflichten überschreitet. Ziel ist, die Stadt daran zu hindern, eigene Grundstücke oder Besitzrechte zugunsten des seit über 40 Jahren umstrittenen Bauprojekts "Sumpfweg-Süd" zur Verfügung zu stellen.

Die Frage an die Bürger und Bürgerinnen lautet: "Sind Sie dafür, dass die Stadt Königswinter, wo immer das rechtlich zulässig ist, ihre Rechte gleich welcher Art, die sie an Grundstücken im und am Baugebiet Sumpfweg hat, nicht zugunsten des Bauvorhabens Sumpfweg-Süd auf Dritte überträgt oder Dritte darüber verfügen lässt?"

Die Initiatoren sind überzeugt, dass ihre Mitbürger die Frage und Intention durchaus verstehen und gutheißen werden. Aus dem Übersichtsplan des Bauvorhabens, der dem Planungsausschuss am 13. Dezember 2017 vorlag, geht hervor, dass der Investor offenbar beabsichtigt, auch städtische Flächen zu beanspruchen, indem er gesetzlich vorgeschriebene Grenzabstände verletzen und sogar zwei der insgesamt sieben Tiefgaragen auf dem stadteigenen ehemaligen 'Sumpfweg' überbauen will. Es ist außerdem zu befürchten, dass für das jetzt beantragte erste Bauvolumen oder für die Baumaßnahmen der nächsten Jahre geplant sein könnte, den Sumpfweg als Bautrasse zu nutzen. Der Sumpfweg liegt jedoch in einem wichtigen Biotop des Biotopkatasters, einem regionalen Grünzug des Regionalplans und, wie das Baugebiet selbst, auch in einer Fläche zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft.

Das Begehren mit seiner notgedrungen umständlichen Fragestellung soll erklärtermaßen die Umsetzung des Bauvorhabens erschweren und die Stadt daran erinnern, dass sie nicht nur Pflichten gegenüber Großinvestoren hat, sondern auch gegenüber ihren Bürgern im Rheintal. Diese wollen sich in einer nicht zubetonierten Landschaft erholen, brauchen die Frischluftschneise der Rheinaue für ein gesundes Leben und benötigen dieses Hochwasserschutzgebiet uneingeschränkt als Ausdehnungsraum bei Starkregen und Überschwemmungen. Hochwasservorsorge ist nicht nur Aufgabe unserer Nachbarn am Rhein. Das Bürgerbegehren wird von der Bürgerinitiative umfassend unterstützt, das sie als nicht-juristische Person nicht selber betreiben kann.

Sobald die Verwaltung die vorgeschriebene amtliche Kostenschätzung erstellt hat, wird sie auf den Unterschriftenbögen mitabgedruckt. Danach beginnt die Sammlung der Unterschriften von wahlberechtigten Königswinterern, wobei vorsorglich mehr als 3000 gesammelt werden sollen. Da es sich um ein initiatorisches Bürgerbegehren handelt, das sich nicht gegen einen konkreten Ratsbeschluss wendet, ist eigentlich keine Frist zu beachten. Trotzdem soll es zügig durchgeführt werden, weil der Investor mit der erheblichen Unterstützung der Stadt offenbar bereits im Frühsommer mit den Baumaßnahmen beginnen will.

Derzeit laufen schon Rodungs- und Markierungsarbeiten in der Rheinaue, obwohl nach Informationen der Bürgerinitiative noch keine Baugenehmigung erteilt wurde. Unter anderem finden diese Arbeiten auch im Bereich des 'Wäldechens' statt, des früheren Parks der Villa Schönsitz, der unter Landschaftsschutz steht.

Vorsitzende der BI Rheinaue Königswinter: Ulrike Loida
Kontakt für die Presse: Matilda Jordanova-Duda, m.jordanova(at)gmx.de, 0174 9841952
www.facebook.com/groups/buergerheinaue